



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 9 März 1887.

Nr. 113.

Deutscher Reichstag.

4. Plenarsitzung vom 8. März.

Am Bundesrathssitz: Staatssekretär des Innern v. Bötticher, Dr. Jacobi, Bronsart von Schellendorff.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus tritt in die erste Lesung des Etats ein.

Staatssekretär Dr. Jacobi: Ich werde mich auf wenige Ausführungen beschränken. Der Etat wird Ihnen fast unverändert vorgelegt — das erleichtert seine Verathung. Anlaß zu Aenderungen hat nicht vorgelegen, außerdem scheinen es uns auch nicht angezeigt, die Ausgaben zu erhöhen. Nothwendig werdende Mehrausgaben werden Ihnen in besonderen Nachtragsforderungen zugehen. Der Etat stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf 746,882,426 Mark. Die Abweichungen vom früher Ihnen vorgelegten Etat sind nicht bedeutend. Die im November von mir gegebenen Ziffern über die voraussichtlichen Steuereinnahmen erfassen gleichfalls eine wesentliche Aenderung nicht. Daß die finanzielle Lage darauf hinweist, die Einnahmen des Reiches mitzutheilen, ist bekannt, doch kann jetzt noch nicht das Resultat der auf Vermehrung der Einnahmen gerichteten Bemühungen mitgeteilt werden. Die Regierungen legen zunächst Werth darauf, daß der Etat möglichst schnell Bewilligung findet.

Abg. Frhr. v. Huene (Zentr.): Auch wir theilen den Wunsch nach baldiger Erledigung des Etats und auf diesen Wunsch können unsere Verathungen um so mehr Rücksicht nehmen, als ja der Etat keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat. In der Thronrede ist diesmal die Hoffnung ausgesprochen, mit diesem Reichstage die Dedungsfrage zu lösen — wir sind bereit, an dieser Lösung mitzuwirken, soweit es sich nicht um Monopole handelt. Es ist gestern wieder das Reichs-Einkommensteuer-Projekt angeregt worden, wir können uns für dieses Projekt nicht entscheiden. Zwar steht dem Projekte keine Verfassungs-Bestimmung im Wege, aber seine Ausführung würde die Rechte der Einzelstaaten beschränken. Ich glaube, wir werden von vorn herein keine kommissarische Verathung brauchen; es wird genügen, wenn wir einzelne Kapitel, bei denen sich die Nothwendigkeit dazu herausstellt, bei der Verathung an die Kommission verweisen. Die Hauptsache ist, daß wir den Etat schnell erledigen, ohne auf seine gründliche Prüfung zu verzichten.

Abg. Freiherr von Malpahn-Wülh (Deutschf.): Ich habe bereits einen Antrag formuliert, der einige Kapitel bestimmt, die der Kommission zu überweisen sich empfehlen dürfte. In eine generelle Prüfung des Etats einzutreten, scheint mir nach Lage der Dinge nicht angezeigt. Wohl darf nicht übersehen werden, daß die Summe der Ausgaben die der Einnahmen bedeutend übersteigt, aber ich glaube, daß wesentliche Ersparungen nicht gemacht werden können. Es sind auch für die nächsten Jahre Mehrbewilligungen nöthig, besonders für die vergrößerte Friedens-Präsenzkräfte. Auf die Dauer aber ist ein solches Mißverhältniß zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht möglich, eine Vermehrung der Einnahmen wird zur Nothwendigkeit. Diese Vermehrung ist natürlich sehr schwierig. Wir werden abzuwarten haben, welche Vorschläge die Regierungen uns machen werden. Die bisherigen Steuerreformpläne der Regierung sind gescheitert, so z. B. die Spiritussteuerfrage. Wir enthalten uns aber aller Vorschläge und erwarten zunächst die der Regierung. Im vorigen Reichstage hat die freisinnige Partei eine Reichs-Einkommensteuer vorgeschlagen, aber nicht in Form eines Gesetzes, sondern nur in der einer Resolution. Mit einer Resolution läßt sich aber wenig machen, in einem Gesetze steht das ganz anders aus. Wir müssen daher abwarten, wie die Herren ihren Vorschlag formulieren werden. Mir scheint bedenklich dabei nicht die Mehrbelastung der Wohlhabenden — eine solche Mehrbelastung der Wohlhabenden haben wir bereits in der Börsensteuer versucht. Aber zu bedenken ist doch, daß die Leute, die jene Steuer zu tragen hätten, dem Reiche und den Einzelstaaten angehören. Das

Reich hat sich bisher darauf beschränkt, seine Einnahmen aus den Zöllen und Konsumsteuern zu nehmen, es hat die persönlichen Steuern aber den Einzelstaaten überlassen. Wenn nun außer den Einzelstaaten auch das Reich persönliche Steuern erhebt, so entsteht eine Mehrbelastung der Einzelstaaten und der einzelnen Steuerzahler. Wie soll denn nun aber die Veranlagung geschehen? Würde nicht der Mecklenburger anders als der Preusse, der Baier anders als der Sachse besteuert werden? Jedenfalls werden wir erst den Etat erledigen müssen und die Dedung des Defizits erst in der zweiten Linie erwägen. (Beifall rechts.)

Abg. Rödert (freis.): Auch wir wollen die Verathung des Etats nicht verzögern, wir wollen das Gleiche von der Militärvorlage und sind daher vollständig damit einverstanden, wenn unsere Resolution über die Reichseinkommensteuer gesondert von der Militärvorlage diskutiert wird.

Der Etat ist uns fast unverändert vorgelegt, über seine Einzelheiten habe ich mich bereits im November geäußert. Das Wichtigste ist die Dedungsfrage und da zeigt sich, daß man uns verantwortlich machen will für die Dedung der Ausgaben. Die gegenwärtige Presse wirft uns vor, ewige Nörgeler zu sein und Alles abzulehnen — sie fordert dann aber wieder von uns, die Dedung für die bewilligten Ausgaben zu besorgen. Entweder die erste Beschuldigung oder die zweite Forderung ist falsch. Aber die Wahrheit liegt in der Mitte. Wenn die Regierung hier einen neuen Sekretär, dort neue Ausgaben für die Kolonialpolitik verlangt und wir diese Forderungen bewilligen, weil sie bloße Konsequenzen der früher von der Majorität gegen uns ausgesprochenen Bewilligungen sind, so darf man uns für die Mittel hierzu doch nicht verantwortlich machen. Außerdem haben wir ja stets eine Reform der Zuckersteuer, eine Branntweinsteuer, aber freilich auf anderer Grundlage, als die Regierung sie wollte — gefordert. Wir haben sogar einen Antrag auf erhöhte Personalsteuern, auf Einführung einer Reichseinkommensteuer gestellt. Für die Kapitalrentensteuer in Preußen waren wir freilich nicht zu haben, jenes Projekt beruht auf für uns unannehmbaren Prinzipien. Nachdem die Redner dieses Hauses bereits so vielfach auf unsere Resolution zurückgekommen sind, scheint es doch, daß der Antrag mehr Bedeutung hat, als man ihm anfangs zuschrieb, wo man ihn allein als Wahlmanöver bezeichnete. Nein, nachdem man seit 1879 durch die indirekten Steuern die Unbemittelten belastet hat, scheint es uns an der Zeit, daß nun auch die Begüterten und Reichsten herangezogen werden. Abg. von Huene hat bereits heute zugestanden, daß die Reichseinkommensteuer der Verfassung nicht widerspräche. Sie soll in die Rechte der Einzelstaaten eingreifen, aber nehmen denn die Einzelstaaten nicht auch Theil an den indirekten Steuern? Wir werden diesen Plan nicht aufgeben und je mehr er diskutiert wird, desto mehr Beifall wird dieser Plan finden. Herr von Malpahn fragt, wie soll das Gesetz ausgeführt werden? Ich antworte, gemäß der Paragraphen 9—12 des Entwurfs zur Besteuerung der zum Militärdienst nicht herangezogenen Personen, jenes Regierungsentwurfs, der seinerzeit nicht zur Annahme gekommen. Die Herren berufen sich stets auf das indirekte Steuersystem in Frankreich; aber auch dort denkt man bereits daran, daß den indirekten Steuern eine Grenze gezogen werden müsse. Die Thronrede spricht von einer Steuerreform im Sinne der Gerechtigkeit — das war die Steuerpolitik seit 1879 doch aber nicht. Seit 1879 170 Millionen indirekte Steuern, die die Unbemittelten belasten! Wollen Sie eine gerechte soziale Steuerpolitik, so werden Sie uns auf Ihrer Seite finden — im anderen Falle aber werden wir die Steuerpolitik bekämpfen. Wir werden die zu erwartenden Steuervorlagen mit wohlwollender Kritik begleiten (Heiterkeit), wir wollen aber abwarten, ob jene Steuervorlagen wieder zu Gunsten der begüterten Klassen ausfallen. Das deutsche Volk hat bei den Wahlen sich für das Septennat als eine Frage der Macht entschieden; wir wissen aber, daß das Volk bald erkennen wird, es giebt noch andere als bloße Machtfragen. Auch wir wollen die Machtverhältnisse Deutschlands, aber es giebt auch geistige Interessen und

neben einem starken Heere brauchen wir Schutz der geistlichen Interessen. (Beifall links.)

Abg. v. Benda (natl.): Die Verathung des Etats wird, glaube ich, nicht lange dauern, da wir ja uns bereits auf die Vorarbeiten der vorigen Session stützen können und der Etat fast unverändert ist. Wir erwarten von der Regierung, daß sie angesichts unserer Finanzlage nun auch die Initiative für die Steuerreform ergreifen wird. Wir lesen aus der Thronrede heraus, daß die Vorarbeiten für die Steuerreform bereits im Gange sind. Wir haben abzuwarten, was die Regierung uns proponieren wird, leicht wird die Lösung der Reformfrage nicht sein, sie wird aber erleichtert, wenn man von allzu phantastischen Plänen Abstand nimmt. Ich hoffe auch, daß die Hemmnisse, die früher in der Kommission den Steuervorlagen bereitet worden, jetzt fortfallen werden und daß man Angesichts der dringenden Lage die Bedürfnisfrage nicht mehr stellen wird. Je mehr Vertrauen wir auf eine Verständigung mit der Regierung haben, desto mehr ist auch die Regierung zum Entgegenkommen verpflichtet. Wir begnügen das Vertrauen, daß die Regierung ihre Aufgabe glücklich lösen wird. (Beifall.)

Abg. Nobbe (Reichsp.): Dieser Etat ist uns vom vorigen Reichstage gewissermaßen als ein Erbschaft überkommen; wollen wir den Etat rechtzeitig erledigen, so müssen wir möglichst wenige Theile des Etats an die Kommission verweisen. Zur Dedung des Fehlbetrages ist die Reichs-Einkommensteuer vorgeschlagen; das ist ein alter Gedanke, aber er hat schon früher sich als unausführbar gezeigt und ist deshalb fallen gelassen. Weit angelegter erscheint uns, wenn wir die Einzelstaaten in den Stand setzen, eine Reform der direkten Steuern vorzunehmen und die Kommunen zu entlasten. Eine Erhöhung der Matricularbeiträge würde ich immer noch einer Reichs-Einkommensteuer vorziehen, denn zur Einschätzung für eine solche Steuer besitzen wir überhaupt gar keine Organe. Es würde eine völlige Verwirrung der Steuersysteme eintreten müssen. Die Reichspartei will den Ausbau des indirekten Steuersystems, um die Finanzen des Reiches zu sichern und die Einzelstaaten zu befähigen, ihre direkten Steuern einer Reform zu unterziehen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die in dem von den Abgg. v. Malpahn und Genossen gestellten Anträge bezeichneten Etatskapitel der Budget-Kommission überwiesen.

Das Haus vertagt sich hierauf.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Zweite Lesung der Militärvorlage, Militärrekrutengesetz.

Schluß 2 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 8. März. Zum Geburtstage des Kaisers werden, soweit bis jetzt bekannt, nachstehende Fürstlichkeiten in Berlin anwesend sein: der König und die Königin von Sachsen, der König und die Königin von Rumänien, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden, der Prinz of Wales, der Graf von Hildern mit seinem Sohn Balduin, Prinzen von Belgien, der Prinz Georg von Sachsen mit dem Prinzen Friedrich August und der Prinzessin Mathilde, der Herzog von Aosta, der Prinz Ludwig von Bayern, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen, der Großherzog von Hessen nebst Tochter Prinzessin Irene, die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin, die Großherzogin-Wittve Marie von Mecklenburg-Schwerin, der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz, der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Oldenburg, der Großfürst Michael Nikolajewitsch von Rußland und die Großfürstin Vera von Rußland, der Prinz und die Prinzessin Wilhelm von Württemberg, der Herzog von Sachsen-Altenburg, der Fürst Lippe-Deimold und Fürst Reuß a. L. Die Herzogin Adelheid von Schleswig-Holstein trifft mit ihren beiden Töchtern, den Prinzessinnen Luise Sophie und Feodora, bereits heute Abend 6 1/2 Uhr in Berlin ein, begiebt sich jedoch sofort nach Potsdam zum Prinzen und der Prinzessin Wilhelm, um zunächst dort am 12. d. Mts. den Tauffestlichkeiten beizuwohnen. Kronprinz Rudolf trifft bereits am 16. d. Mts. hier ein.

— Von den Stichwahlen ist jetzt endlich auch das letzte Resultat eingegangen: in Forchheim siegte Behold (Zentrum) über Schaub (nat.-lib.). Auch die definitiven Wahlergebnisse liegen jetzt ziemlich vollständig vor: nach ihnen ist an den vorläufigen Mittheilungen, die wir gebracht haben, nichts zu ändern. Der Gewinn der Stichwahlen vertheilt sich folgendermaßen: die Konservativen gewannen 8, die Reichspartei 5, die Nationalliberalen 15, das Zentrum 8, die Freisinnigen 18, die Sozialdemokraten 5 und die Welsen 2 Sitze. Darnach stellt sich die Partei-Gruppierung jetzt so, daß von den drei regierungsfreundlichen Parteien die Konservativen 80, die Reichspartei 41 und die Nationalliberalen 102 Mitglieder zählen. Von den übrigen Parteien zählen die Deutschfreisinnigen 30, die Sozialdemokraten 11, das Zentrum 100, die Welsen 4, die Polen 13, die Dänen 1 und die Elsaß-Lothringer 15 Sitze.

— Der kürzlich aus Gera ausgewiesene sozialdemokratische Agitator Regierungs-Baumeister a. D. Kessler hat sich jetzt in Altenburg niedergelassen.

— Die bairische Armee zählt nach dem soeben erschienenen Militärhandbuch (der Rangliste) 1868 aktive Offiziere. Unter denselben bekleiden 54 die Generale-, 175 die Stabsoffiziers- und 1639 die Hauptmanns- und Leutenantschargen. Im Einzelnen sind vorhanden 8 Generale der Infanterie oder Kavallerie, 15 Generalleutenants, 31 Generalmajors, 30 Obersten, 30 Oberstleutenants, 115 Majors, 370 Hauptleute bzw. Rittmeister, 383 Premierleutenants und 886 Sekondleutenants. Abgesehen von den Generalen zählen die Infanterie 1078 Offiziere, die Jäger 71, die Kavallerie 265, die Artillerie 294, die Pioniere, Eisenbahn- und Fortifikations-truppen 83 und der Train 23 Offiziere. Offiziere der Reserve und Landwehr sind 1626 vorhanden, darunter nicht mehr als 12 Hauptleute bzw. Rittmeister; ferner 160 Premier- und 1454 Sekondleutenants. Offiziere zur Disposition giebt es 1497, darunter 80 Generale, 521 Stabsoffiziere und 896 sonstige Offiziere. Im bayerischen Offizierskorps ist das bürgerliche Element bedeutend stärker als im preussischen. Unter den aktiven Offizieren sind nur 391 (21,6 pCt.), unter den Offizieren des Beurlaubtenstandes 74 (4,6 pCt.) adelig.

— Auf den Krupp'schen Werken wird, wie die „Elberfelder Ztg.“ hört, eine ganz außerordentliche Thätigkeit entfaltet, welche einen solchen Umfang annimmt, daß sogar neue Gebäude errichtet werden müssen, um alle für die deutsche Regierung kontrahierten Lieferungen zu den bestimmten Abfertigungsterminen den eingegangenen Verpflichtungen gemäß fertig stellen zu können.

— Wie sich aus dem vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Geschäftsbericht ergibt, bestehen zur Zeit 26 Reichsberufsgenossenschaften mit 122,415 Betrieben und 1,570,365 Arbeitern. Dazu treten dann noch 24 andere Berufsgenossenschaften, welche sich über die Grenzen eines Bundesstaats hinaus erstrecken. Sie zählen 71,269 Betriebe mit 1,041,577 Arbeitern, insgesammt also 50 größere Berufsgenossenschaften mit 193,684 Betrieben und 2,611,942 Arbeitern. Landes-Berufsgenossenschaften sind 12 vorhanden, davon entfallen 6 auf Preußen, je 2 auf Bayern und Sachsen, und je 1 auf Württemberg und die Reichslande. Die 12 Landesberufsgenossenschaften umfassen 39,466 Betriebe und 495,673 Arbeiter. Für die 62 Berufsgenossenschaften ergibt sich also insgesammt die Zahl von 233,144 Betrieben und 3,107,615 Arbeitern. Dazu kommen noch 1) 48 Reichs- und Staatsausführungsbehörden für Reichs- und Staatsbetriebe mit 265,088 Arbeitern und 2) die vom 1. Januar 1887 ab für versicherungspflichtig erklärten Bauschüler und Bauschlocher mit 26,597 Betrieben und 49,163 Arbeitern. In Summa also 259,741 Betriebe und 3,421,866 Arbeiter. Der Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften wird von den Berufsgenossenschaften durchweg als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erfaßt. Vom Reichsversicherungsamt sind bis jetzt allerdings nur für 6 Berufsgenossenschaften die vorgelegten Unfallverhütungsvorschriften genehmigt worden und zwar 1) für die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumenten-Industrie, 2)

für die südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft, 3) für die süddeutsche Edel- und Uedelmetall-Berufsgenossenschaft, 4) für die rheinisch-westfälische Textil-Berufsgenossenschaft, 5) für die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und 6) für die norddeutsche Holzberufsgenossenschaft. Die übrigen Berufsgenossenschaften bereiten aber gegenwärtig Unfallverhütungsvorschriften vor und haben zum Theil bereits vorläufige Entwürfe eingereicht. Die Mitwirkung der Arbeitervertreter hat sich überall als heilsam erwiesen. Es kommt einmal ihr sachverständiges Urtheil beim Erlaß der Vorschriften zu Gute, auch hat ihre Betheiligung auf die Arbeiter einen guten Einfluß ausgeübt. Sie befolgen die Unfallverhütungsvorschriften williger selbst in den Fällen, wo sie ihnen unbequem sind. Ueber die Gestaltung der finanziellen Ergebnisse der Unfall-Versicherung läßt sich noch kein sicheres Urtheil fällen. Die Ergebnisse des letzten Quartals 1885 liegen zwar vor, doch ist der Zeitraum ein zu kurzer, auch kommt in Betracht, daß in dieser Zeit Invaliden-Renten noch gar nicht und Entschädigungen nur in geringem Maße bezahlt werden konnten. (268 Unfälle und 18,146 Mark Entschädigung.) Nach vorläufiger Ermittlung beläuft sich die Zahl der 1886 entschädigten Unfälle auf 10,414 und die verausgabten Entschädigungen (Renten u.) betragen ungefähr 1,764,704 Mark.

Der Weihbischof Cybichowski, welcher, wie schon gemeldet, nach längerem Leiden Sonntag, den 6. d. M., Morgens in Gnesen gestorben ist, war im Jahre 1828 zu Oblesierze (Kr. Dobornik) geboren und besuchte das Marien-Gymnasium zu Posen. Als Gymnasiast betheiligte er sich an den polnischen Bewegungen im Jahre 1846, so daß er einige Zeit in Untersuchungshaft saß; er legte alsdann im Jahre 1847 die Abiturientenprüfung ab, studierte katholische Theologie, wurde im Jahre 1852 zum Geistlichen geweiht, und war einige Zeit Lehrer am hiesigen Geistlichen-Seminar. Nachdem er seiner geschwächten Gesundheit wegen einige Zeit auf den hyperischen Inseln zugebracht hatte, wurde er als Probst nach Colmar in Posen berufen und alsdann im Jahre 1867 vom damaligen Erzbischof Ledochowski zum Weihbischof der Erzdiozese Gnesen ernannt. Als solcher hat er wegen ungesetlicher Ausübung bischöflicher Funktionen eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten verbüßt.

Ausland.

London, 8. März. Bei der in Kürze bereits mitgetheilten Berathung des Unterhauses über den für Sir Drummond Wolffs Mission geforderten Kredit erklärte Unterstaatssekretär Ferguson, von der Mission Wolffs seien sehr werthvolle Ergebnisse zu erwarten, der Schriftwechsel mit Wolff, der sehr wichtige Informationen Wolffs über die Uebel, an denen Egypten frante, und über die erforderlichen Mittel zur Abhilfe, namentlich in Bezug auf die Kapitulationen, die Reform des Justizwesens, Zollwesens, Postwesens, sowie betreffs der Staatschuld und der Eisenbahnen enthalte, werde dem Hause demnächst vorgelegt werden. Von der Ausführung aller dieser Reformen hänge die Zurückziehung der englischen Truppen ab. So lange die ägyptische Regierung außer Stande sei, innerhalb der Grenzen Ordnung zu erhalten und die im Lande befindlichen Fremden zur Tragung eines der Billigkeit entsprechenden Theils der Staatslasten heranzuziehen, sei eine Räumung Egyptens durch die englischen Truppen verfrüht, dieselbe würde nur das Signal sein zu neuem Unheil oder der Grund zur Intervention irgend einer anderen ausländischen Macht. Sir Drummond Wolff erfülle gegenwärtig in Konstantinopel den letzten Theil seiner Mission und machte der Pforte mit Vorwissen der Mächte Vorschläge, die die Lage Egyptens hoffentlich bessern, die Gefahren, denen das Land ausgesetzt sei, beseitigen, und England in den Stand setzen würden, die Okkupation in einer Weise zu beenden, die Egypten keinem gefährlichen Risiko aussetze. Die Unterhandlungen Wolffs hätten ein Stadium erreicht, das große Hoffnung auf Erfolg gewähre. Die Mächte hätten sich jeder Forderung enthalten, keine derselben habe Wolffs Vorschläge bekämpft, mehrere Mächte hätten dieselben unterstützt, einige andere hätten deren Annahme von keineswegs unüberwindlichen Bedingungen abhängig gemacht. Der geforderte Kredit wurde, wie bereits gemeldet, mit 234 gegen 146 Stimmen bewilligt.

Bukarest, 7. März. Nach einer Meldung aus Ruffischul sollen dort große Vorkommnisse getroffen sein, da ein neuer Aufstand befürchtet werde; in Ruffischul und Turtulal seien zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. März. Gestern Vormittag fand im Stettiner Konzert- und Vereinshaus die 9. ordentliche General-Versammlung des „Pommerschen Vereins zur Ueberwachung von Dampfseifen“ statt und erhaltet zunächst der Vorsitzende, Herr Dr. Delbrück, Bericht über das Verwaltungsjahr 1886, wobei er hervorhob, daß der Abschluß des Rechnungsjahres 1886 einen Ueberschuß von 3268 Mark 55 Pf. ergab, welcher zum Reservefond geschlagen wurde, der jetzt die Höhe von 19,540 Mark 24 Pf. erreicht hat und wovon zunächst die Kosten für die Beamten-Versicherung gedeckt werden sollen. Bemerkenswerth ist ferner, daß der Vorstand beschloffen hat, neben der praktischen Heizerschule noch Lehrlinge anzustellen, welche gegen ein mäßiges Entgelt zur Verfügung der Kesselbesitzer gestellt werden sollen.

und sollen dieselben auch als Nothhilfe für kranke Heizer verwandt werden. Der Vereins-Direktor, Herr Bette, erstattet fern Bericht über das Rechnungsjahr 1886; demselben entnehmen wir:

Das 7. Geschäftsjahr des Pommerschen Vereins zur Ueberwachung von Dampfseifen wurde mit 349 ordentlichen Mitgliedern u. 739 Dampfseifen und 27 Kochgeschäften geschlossen. Es brachte also einen Zuwachs von 23 Mitgliedern mit 74 Kesseln und von 15 d. alten Mitglieder wurden 21 Dampfseifen ne ange-schafft. Diefem Zuwachs von 96 Kesseln steht ein Abgang von 10 Mitgliedern mit 12 Kesseln gegenüber, von denen 7 Mitglieder mit Kesseln wegen Aufgabe und Verkaufs ihres Dampftriebes, die übrigen 3 Mitglieder mit 4 Kesseln aber wegen Abbrandes ihrer Fabrik aus dem Vereine schieden. An den 809 revidirten- und zahlungs-pflichtigen Vereinsseifen des Jahres 1886 wurden 434 innere und 1168 äußere Untersuchungen, 70 periodische Wasserdruckproben, 33 solcher nach einer Kesselreparatur und 28 besp. Prüfung der Konstruktion von neuen Kesseln sowie endlich 31 Abnahmen neu errichteter Kesselanlagen, d. i. in Summa 1770 Untersuchungen vorgenommen. Dies ergiebt im Durchschnitt pro Vereinsseife 2,264 Untersuchungen bei 1,544 innern und 1,546 äußern Revisionen und 0,169 Wasser-Druckproben oder mehr, als das Vereins-Reglement und 4,53 je viel, als das Reglement vom 24. Juni 1872 fordert. Außer diesen Sicherheitsrevisionen wurden noch viele besondere technische Arbeiten geleistet, als Kessel und Maschinen begutachtet und sowohl auf dem Vereinsbureau, als auch bei den Mitgliedern in Betreff ihres Dampftriebes Rath erteilt. Ferner wurden 27 neue Dampfseifen für Nichtmitglieder der Konstruktion-Prüfung und Wasserdruckprobe unterworfen und endlich in Auf-trage der Behörden die Konjunktions-Vorlagen für 23 neu zu errichtende Vereins-Dampfseifenanlagen geprüft. Die sämtlichen Außen-Arbeiten der Vereinsbeamten erforderten an Zeit 559 Tage, davon 74 für den Stadtkreis Stettin, um 230 Nächte, sowie an Wegelänge 22,700 Kilon. per Eisenbahn und 8000 per Wagen und Schiff. Auch im Jahre 1886 ist ein Unfall von Bedeutung an den Vereinsseifen nicht vorgekommen; dagegen wurde wieder ein praktisch-theoretischer Unterrichtskursus für Heizer von Vereinsmitglie-dern an geeigneten Dampfseifenanlagen mit bestem Erfolge abgehalten. Um aber möglichst allen, also auch den von Stettin am entferntesten wohnenden Mitgliedern eine gründliche und billige Unterweisung ihres Kesselpersonals zu ermöglichen, wird im Laufe des Jahres 1887 einer der Heizer der Zementfabrik in Zülchow, welcher sich bereits auf der praktischen Heizerschule als Instruktor be-währt hat, dem Vereine für Bedarfsfälle durch Herrn Kommerzienrath Dr. Delbrück zur Ver-fügung gestellt. Hierdurch wird es dem Verein möglich werden, seinen Mitgliedern die Vortheile des Lehrseifen-Instituts zu gewähren, ohne daß die Vereinskasse belastet wird. Als weiterer und fördernder Ausbau der Vereins-Organisation ist die möglichste Sicherstellung der Vereinsbeamten gegen die Folgen von Unfällen aller Art, Tod, Invalidität und Krankheit durch geeignete Ver-sicherung und andere Fürsorge aus Vereinsmitteln beschloffen worden.

Nach der Revision der Jahres-Rechnung pro 1886 wurde die Decharge erteilt und demnächst der für 1887 aufgestellte Etat genehmigt. Die statutenmäßig aus dem Vorstande auscheidenden Mitglieder: Kommerzienrath Dr. Delbrück, Zülchow, Westphal-Stolz, Ingenieur Engelbrecht-Stettin, Dekonomierath Nobbe-Binnow wurden durch Akklamation auf 3 Jahre wiedergewählt.

Schließlich kam noch die durch Beschluß der 7. General-Versammlung gewünschte Vorlage be-treffend die Versicherung der Vereins-Beamten zur Berathung. Herr Dr. Delbrück referirte. Es soll für alle Beamten des Vereins eine Versiche-rung gegen Unfälle aller Art, sowie gegen Krank-heit und Tod geschaffen werden und sollen die hierdurch entstehenden Kosten aus der Kasse des Vereins gedeckt werden.

Der Reservefonds soll in Zukunft die Höhe von 10,000 Mark nicht mehr übersteigen und etwaige Ueberschüsse den Vereins-Mitgliedern jähr-lich als Dividende auf die Jahres-Beiträge in Raten von 10 Prozent, 15 Prozent und 20 Prozent u. zurückgezahlt werden.

Der vom Bezirksverein Ober-wiel am Sonnabend, den 5. d. M., im Aus-schank der Bergschloß-Brauerei veranstaltete Her-renabend erfreute sich lebhafter Theilnahme. Nachdem der Toast auf Se. Majestät den Kaiser ausge-bracht war, wechselten ernste und heitere Vorträge und Reden mit einander ab. Die Konzertmusik, von Mitgliedern der Kapelle des Königs-Regi-ments ausgeführt, errang sich besonderen Beifall. Man trennte sich erst gegen Morgen mit dem Bewußtsein, einen vergnügten Abend verlebt zu haben und sich einander freundschaftlich näher ge-rückt zu sein.

In Betreff unseres Berichtes über die am Sonntag erfolgte Beerdigung eines verstor-benen Kanoniers geht uns eine Zuschrift zu, in welcher anerkannt wird, daß der Bericht zwar im Großen und Ganzen richtig, immerhin aber ge-eignet sei, den Vorgang in falschem Lichte er-scheinen zu lassen, weshalb um Aufnahme folgen-der Bemerkungen gebeten wird: „Der verstor-bene Kanonier gehörte nicht der hiesigen Gar-

nison, sondern der in Gollnow stehenden Ar-tillerie-Abtheilung an, und war nur zum Zweck einer Amputation in das hiesige Garnison-Laga-reth übergeführt worden, wo er verstarb. Da für die Aussegnung des Sarges der Truppen-theil des Verstorbenen zu sorgen pflegt, so er-klärt es sich, ohne daß auf Jemanden eine Schuld fällt, daß bei einem kleinen hiesigen Truppentheile angehörenden Soldaten diese Pflicht veräußert werden konnte, und ebenso, daß Offi-ziere an der Beerdigung sich nicht betheiligten. Uebrigens fehlte es auch nicht an Kränzen, welche von den Angehörigen dem Sarge nachgetragen worden waren. Ein Grab war allerdings nicht gegraben, doch liegt hier nicht eine Veräußerung oder Vernachlässigung vor, sondern ein gering-fügiges Versehen, durch welches die Anweisung, das Grab herzustellen, an einer falschen Stelle abgegeben worden war. Das Kirchhofsthor war nicht verschlossen und ein Hin- und Heraus-gang nicht statt, vielmehr wurde der Leichenzug sofort von dem Kirchhofe-Inspeltor an die für das Grab bestimmte Stelle geführt, wo nach der üblichen Trauerrede und den liturgischen Gebeten die Einsegnung der Leiche durch den Geistlichen stattfand. Daß die Situation im ersten Augen-blick eine peinliche war, soll nicht geleugnet wer-den, aber nichts deutete darauf hin, daß der Verstorbene „gleich einem Verstorbenen ohne jeg-liches Zeichen des Mitgeföhls“ beerdigt werden sollte. In dem vorgestrigen Bericht war bereits anerkannt worden, daß die Beerdigung mit allen militärischen Ehren, namentlich mit Begleitung der Regiments-Kapelle erfolgte.“

(Stettiner Lehrer-Verein.)

Am 26. Februar feierte der Stettiner Lehrer-Verein das Fest seines 25jährigen Bestehens. Nach dem bei Eröffnung der Tafel von dem Vorsitzenden, Lehrer Biermann, gegebenen Bericht über die Gründung, Entwicklung und Thätigkeit des Vereins trat dieser im Jahre 1862 unter dem Vorsth des bereits verstorbenen Rektors Hellert mit 47 Mitgliedern ins Leben und zählt jetzt 164 Mitglieder. Seine Haupt-aufgabe, das materielle wie intellektuelle Inter-esse seiner Mitglieder, sowie das Beste der Schule zu fördern, suchte der Verein dadurch zu lösen, daß er sich in seinen Sitzungen, deren bis jetzt 678 stattgefunden haben, vorzugsweise mit der Besprechung pädagogischer und wissenschaftlicher Fragen befaßte, wobei die bezüglichen Vorträge resp. Referate meistens von den Mitgliedern ge-halten wurden. Ein besonderes Verdienst erwarb sich der Verein im Jahre 1872 durch die Grün-dung des „Pommerschen Provinzial-Lehrer-Ver-bandes“, welcher zur Zeit mehr als 40 Zweig-Verbände zählt und einen integrierenden Theil des Preussischen Landeslehrervereins, sowie des Deutschen Lehrervereins bildet. In demselben Jahre veranlaßte der Stettiner Lehrer-Verein zum Besten der noch immer kärglich versorgten Hinterbliebenen des Lehrerverbandes auch die Grün-dung des „Provinzial-Beistandvereins“, welchem außer vielen Nichtlehrern fast sämtliche Lehrer der Provinz angehören, und der gegenwärtig be-reits über ein Vermögen von ca. 35,000 M. verfügt. Außerdem hat sich der Verein durch die Einrichtung einer seit 16 Jahren bestehenden Sterbekasse und in letzter Zeit durch die Be-gründung einer Unterstufungskasse für die Hinter-bliebenen seiner Mitglieder verdient gemacht. — Um den geselligen Verkehr unter den Mitglie-dern zu pflegen, sowie die Familien derselben ein-ander näher zu führen, veranstaltete der Verein regelmäßig im Sommer mehrere Ausfahrten und im Winter einige Kränzchen. — Besonders viel that der Verein in letzter Zeit auch für die Pflege des Gesanges. — Speziell im verflossenen Vereinsjahre hörte der Verein folgende Vorträge und Referate: 1) Real-Lehrbuch oder nicht? (Nachhaus I. und Gebhard). 2) Ueber das Nächstenturnen (Berg). 3) Lateinschrift oder deutsche Schrift (Reimann). 4) Der Rechen-Unterricht (Schulz II.). 5) Die Normalschrift (Lau). 6) Die Kernschen Reform-Vorschläge betreffend die deutsche Grammatik (Schmidt I. und Frische). 7) Gesundheitspflege in der Schule (Schulz II.). 8) Entwicklung und Einrichtung der Stadt-Schul-Bibliothek (Utpatel I.). 9) Junges Dorfsteil als Lebensgemeinschaft (Schulz II.) 10) Probekonstruktion u. (Wegle). 11) Das Testa-ment eines königlichen Kreis-Schul-Inspeltors (Otto). 12) Die Orthographie-Reform (Hilber-brand). 13) Bademeum für die Feinde der staatlichen Volksschule (Helzig). 14) Denkschrift betreffend das Verhältnis der rheinischen Klassen-lehrer zu den Hauptlehrern (Bogler). — An der Festtafel betheiligten sich 127 Mitglieder. Dem Toaste auf den Kaiser, welchen der Ehrenpräsident des Vereins, Herr Lehrer Wulow, der 11 Jahre lang den Vorsth geführt hat, ausbrachte, folgten andere Trinksprüche, sowie Tisch- und Chorlieder in bunter Reihenfolge. Nach beendigter Tafel aber hielten humoristische Vorträge, an denen sich besonders die jüngeren Herren betheiligten, die Festversammlung in heiterster Stimmung bis zum frühen Morgen beisammen. — Für das nächste Vierteljahrhundert seines Bestehens rufen wir dem Verein ein herzliches „Glückauf“ zu.

Dr. nithologischer Verein.

Sitzung vom 28. Februar. Vorsitzender Herr Dr. Bauer. Herr Oberforstmeister v. Baren-dorff zeigt einen auf dem Haß erlegten Sing-schwan, Cygnus muscivorus, vor. Derselbe hat ein Gewicht von 23 Pfund und eine Flügelbreite von 2 1/2 Metern. Er nistet im hohen Norden und zieht nur in strengen Wintern bis Deutsch-land herab. Benutzt werden namentlich die leich-

ten weichen Daunen. Das Fleisch ist genießbar. Herr Dr. Bauer theilt mit, daß im Jahre 1872 die Schwäne durch die große Sturmfluth ver-art gelitten hätten, daß sie völlig erschöpft auf dem Lande liegend selbst vor den Menschen nicht flüch-teten. Sonst seien sie schön und schwer zu schießen. — Herr Major Langemal referirt hier-auf über einen Vortrag des Prof. Mar-shal: Deutschlands Vögel im Wechsel der Zeiten. An-knüpfend an das Einwandern einzelner Vogel-arten erwähnt Oberforstmeister v. Barendorff des vor einigen Jahren in kleiner Anzahl auftretenden, jetzt aber überall vorkommenden Franzosen-frauts, Galinsoria parviflora. — Herr Kasten berichtet über einen in diesem Winter mehrfach beobachteten Vogel von der Größe des Seglers und kleinspitzflügelig wie ein Falke. Nach dieser Beschreibung läßt sich Falco aescalon, ein nord-bischer Vogel, vermuten. Ferner wird berichtet, daß seit dem 24. v. M. die Staare hier seien. Schon seit 3 Jahren sind diese Vögel genau an demselben Tage angekommen. — Schließlich er-folgt noch die Aufnahme von 4 und die Anmel-dung von 2 neuen Mitgliedern.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Rattenfänger von Hameln.“ Große Oper in 5 Akten.

Donnerstag. Stadttheater: Kleine Preise (Parquet 1 Mark u.). „Lucia von Lam-mermoor.“

Bermischte Nachrichten.

(Ein originelles Souper.) In Glasgow wurde jüngst 150 Dieben ein Abendessen ge-geben. Jeder Gast erhielt ein Billet, auf welchem Folgendes gedruckt stand: „Eintrittskarte zu dem besonders für Diebe veranstalteten aus Beefsteak-Bastete und Plum-Pudding bestehenden Abend-essen, welches am 17. Februar um 3 Uhr 30 Minuten in Tolbooth Hall, 10 High Street statt-findet. Dieses Abendessen ist nur für Männer welche wegen Diebstahls verurtheilt sind. — Ned Wright aus London, welcher selbst Einbrecher und Preiskämpfer gewesen ist, wird einige inter-essante Mittheilungen machen und hoffentlich in der Lage sein, eine Menge Mittel, die sich für Andere schon äußerst wohlthätig erwiesen haben, anzugeben, wie man frei wird. Da die Zahl der Gäste auf 150 beschränkt ist, bittet man, zeitig zu kommen, um sich einen Platz zu sichern.“ Auf der Rückseite des Billets stand: „Sollte Je-mand in die Halle wollen, ohne bemerkt zu werden, so kann er durch die Hintertür an der Old Ex-change Court hineinkommen.“ Die gewesenen Sträflinge hatten alle vor Ned Wright Reue zu poffiren und nicht wenige wurden, weil sie keine waren, zurückgewiesen. Beim Essen gab es keine geistigen Getränke und ebensowenig wurden Ne-ben gehalten. Dagegen spielte Ned Wright's Tochter auf der Bioline, die einst dem verurtheil-ten Diebe Charles Peace gehört hatte. Die Gäste benahmen sich so anständig, daß einer der Zuschauer bemerkte, daß sich eine Kirchengemeinde im Westend Londons nicht hätte besser benehmen können. (Englisch!)

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 8. März. Der Hamburger Dam-pfer „Hermia“ ist an der Westküste Amerikas total wrad geworden. Passagiere und Mann-schaft sind gerettet. Nähere Nachrichten fehlen.

München, 8. März. Prinz Arnulf von

Batern wurde unter Beförderung zum General-Lieutenant, an Stelle des pensionirten Generals Hedel, zum Kommandeur der ersten Division er-nannt.

Strasburg i. E., 8. März. Die „Landes-zeitung für Elsaß-Lothringen“ veröffentlicht eine Verfügung des Staatssekretärs v. Hofmann an die Bezirkspräsidenten betreffend die Maßregeln gegen Vereine mit französischer Richtung. Gleich-zeitig ist die Auflösung der Zentralverbände der elsässischen Gesang- und Turnvereine angeordnet. Das Blatt meldet ferner die Auflösung eines Ge-sangvereins im Kreise Rappoltsweiler, weil der-selbe bei der Wahl von Simonis im deutschfeind-lichen Sinne thätig gewesen, sowie die Amtsent-hebung des Bürgermeisters Willot von Rheinau.

Wien, 8. März. Nach Nachrichten aus

Konstantinopel haben der Sultan und die Pforte der bulgarischen Regentenschaft ihre Glückwünsche zu der raschen Unterdrückung des Aufstandes über-mitteln lassen. Die bei der Pforte vorhandenen gewesenen lebhaften Befürworter wegen weiterer Verbreitung des Aufstandes sind durch den Sach-verlauf erledigt.

Wien, 8. März. Die ungarische Delegation

ist Mittags geschlossen worden, nachdem die von dem Kaiser sanktionirten Beschlüsse veröffentlicht worden sind.

Paris, 8. März. Herr v. Lesseps ist heute

abgereist und wird morgen Vormittags in Berlin eintreffen.

Sofia, 7. März. Mehrere der verhafteten

Personen sind wieder auf freien Fuß gesetzt wor-den, dem Vernehmen nach hat der Staatsanwalt auch die Freilassung des früheren Ministers Sa-rajow, sowie diejenige Luscanows, eines Schwie-gersohnes Jankows, angeordnet. Der verhaftete vormalige Minister Nikiforow hatte dem franzö-sischen Generalkonsul zur Kenntniß gebracht, daß er mißhandelt worden sei; die Regierung hat darauf angeordnet, daß Nikiforow im Beisein des Staatsanwalts und des Stadtkommandanten durch zwei Jivillärte untersucht werde.